



# Satzung

## § 1 Name und Sitz

1. Der Name lautet „JUNGES DUISBURG“ (JUDU).
2. Das Tätigkeitsgebiet ist Duisburg.
3. Der Sitz des Wählerbündnisses ist Duisburg.
4. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

## § 2 Mitgliedschaft

1. Mitglied von „JUNGES DUISBURG“ kann jede/r werden, die /der das 14. Lebensjahr vollendet hat und sich zu den programmatischen Grundsätzen und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennt und keiner anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes angehört.
2. Der Eintritt in das Wählerbündnis „JUNGES DUISBURG“ erfolgt durch eine schriftliche Eintrittserklärung gegenüber dem Vorstand.
3. Die Mitgliedschaft wird drei Monate nach Eingang der Eintrittserklärung beim Vorstand wirksam, sofern der Vorstand keinen Einspruch gegen die Mitgliedschaft einlegt. Der Vorstand hat in begründeten Fällen das Recht eine Vorladung des Mitgliedskandidaten zur Klärung des Antrags zu veranlassen. Der Vorstand behält sich das Recht einer Ablehnung von Eintrittserklärungen gemäß §10 Parteiengesetz vor.
4. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.
5. Der Austritt ist schriftlich gegenüber dem Vorstand zu erklären.
6. Ein Mitglied kann durch den Vorstand dann ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung des Wählerbündnisses verstößt und damit schweren Schaden zufügt.

### § 3 Rechte und Pflichten

1. Jedes Mitglied hat das Recht, an der politischen Meinungs- und Willensbildung uneingeschränkt teilzunehmen.
2. Jedes Mitglied hat die Pflicht:
  - a. die Grundsätze des Programms von „Junges Duisburg“ zu vertreten und die Satzung einzuhalten,
  - b. die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse der Mitgliederversammlung zu respektieren,
  - c. regelmäßig seinen satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag von mindestens 5€ pro Monat bei jährlicher Fälligkeit zu bezahlen,
  - d. bei Wahlen für Parlamente, kommunale Vertretungskörperschaften und sonstige Wahlämter nicht konkurrierend zu „Junges Duisburg“ anzutreten.

### § 4 Gliederung und Zusammenschlüsse

1. Der Kreisverband hat das Recht, sich weiter in nachgeordnete Gebietsverbände im Sinne von § 7 des Parteiengesetzes zu gliedern (Ortsverbände analog zu den 7 Stadtbezirken).
2. Da die politische Arbeit der Ortsverbände sich auf die Kommunalpolitik konzentrieren sollte, ist es sinnvoll, dass die Mitglieder Einwohner des jeweiligen Bezirks sind.
3. Innerhalb des Kreisverbandes können Arbeitskreise zu speziellen kommunalpolitischen Themen frei gebildet werden.
4. Nachgeordnete Ortsverbände besitzen keine selbständige Kassenführung und Finanzplanung.

## § 5 JUNGES DUISBURG *plus* (JUDU+)

1. Jedes Mitglied, das sein 40. Lebensjahr vollendet hat wird automatisch und bis auf Widerruf Mitglied der Vereinigung JUNGES DUISBURG *plus*. Die Mitgliedsrechte und –pflichten aus §3 bleiben hiervon unberührt. Die Mitgliedsbeiträge werden an JUNGES DUISBURG bezahlt, eine darüber hinaus gehende Beitragspflicht besteht nicht.
2. Eine Mitgliedschaft in der Vereinigung JUNGES DUISBURG *plus* ist ab dem vollendeten 40. Lebensjahr auch möglich ohne Mitglied des Wählerbündnisses JUNGES DUISBURG zu sein. In diesem Fall ist der §2 dieser Satzung analog anzuwenden. Die Mitgliedspflichten aus §3.2 dieser Satzung gelten, insbesondere in Bezug auf den zu zahlenden Mitgliedsbeitrag an JUNGES DUISBURG, dennoch.
3. Die Organe der Vereinigung JUNGES DUISBURG *plus* und deren Tätigkeiten sind identisch mit §6, abgesehen von den folgenden Ausnahmen:
  - a. §6 Satz 1c) entfällt.
  - b. §6.1 Satz 2a) IV – VIII entfallen.
  - c. §6.1 Sätze 2c) und d) entfallen.
  - d. §6.2 Satz 2c) entfällt.
  - e. §6.2 Satz 2e) wird geändert in „zwei Beisitzer/innen“.
  - f. §6.3 entfällt.
4. Der/Die gewählte Vorsitzende des Wählerbündnisses oder einer seiner/ihrer Vertreter/innen sitzt dem Vorstand der Vereinigung JUNGES DUISBURG *plus* beratend bei.
5. Die Durchführung von Wahlen wird durch die Wahlordnung des Wählerbündnisses JUNGES DUISBURG jeweils entsprechend geregelt.

## § 6 Organe

1. Organe im Sinne des Parteiengesetzes sind:
  - a. Der Kreisparteitag
  - b. Der Kreisvorstand
  - c. Die Kassenprüfung

## § 6.1 Kreisparteitage

1. Der Kreisparteitag wird im ersten Quartal eines jeden Jahres als Jahreshauptversammlung vom Vorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zehn Tagen einberufen. Alle Mitglieder des Kreisverbandes werden eingeladen und sind stimmberechtigt. Er ist unabhängig der erscheinenden Mitglieder beschlussfähig.
2. Der Kreisparteitag ist das oberste Organ des Kreisverbandes. Zu seinen Aufgaben gehört:
  - a. die Beschlussfassung über:
    - I. die Konstituierung des Kreisparteitages und seiner Organe, sowie die Geschäftsordnung, die Wahlordnung.
    - II. den Rechenschaftsbericht des Vorstandes und den Kassenbericht.
    - III. die Entlastung des Vorstandes.
    - IV. die politische Strategie und die Grundlinien der aktuellen Politik des Kreisverbandes.
    - V. das Wahlprogramm für Kommunalwahlen.
    - VI. die Direktkandidaturen für den Rat zur Kommunalwahl.
    - VII. die Erstellung von Wahllisten für Rat und Bezirksvertretungen zur Kommunalwahl.
  - b. die Wahl des Kreisvorstandes.
  - c. die Wahl der Kassenprüfer (mindestens zwei Personen).
  - d. die Beschlussfassung über die Satzung.
  - e. die Beschlussfassung über die ordnungsgemäß vorgelegten Anträge und die Zulassung von Dringlichkeitsanträgen. Anträge sind spätestens eine Woche vor dem Kreisparteitag dem Kreisvorstand vorzulegen. Dringlichkeitsanträge bedürfen der Unterstützung von mindestens 20 % der anwesenden Mitglieder.
3. Weitere Kreisparteitage sind innerhalb von drei Monaten einzuberufen

- a. auf Beschluss einer Mitgliederversammlung,
  - b. auf Beschluss des Kreisvorstandes,
  - c. auf Antrag von 45 % der Mitglieder.
4. Über die Beschlüsse und Wahlergebnisse ist ein Protokoll anzufertigen. Es ist vom Schriftführer und der/dem Versammlungsleiter/in zu unterzeichnen. Das Protokoll kann von den Mitgliedern eingesehen werden.

## § 6.2 Kreisvorstand

1. Der Kreisvorstand ist das höchste politische Leitungsorgan zwischen den Parteitag.
2. Der Kreisvorstand wird für zwei Jahre gewählt. Seine Amtszeit darf mit besonderer Begründung um höchstens drei Monate verlängert werden. Er besteht aus
  - a. der/dem Vorsitzenden,
  - b. zwei stellvertretenden Vorsitzenden,
  - c. dem/der Schatzmeister/in und
  - d. der/dem Schriftführer/in, sowie
  - e. vier Beisitzer/innen.
2. Das Wählerbündnis wird durch zwei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands (den/der Vorsitzenden gemeinsam mit einem der stellvertretenden Vorsitzenden, oder dem/der Kassierer/in bzw. dem/der Schriftführer/in) nach außen vertreten.
4. Der Kreisvorstand entwickelt seine politische Tätigkeit in enger Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden. Vertreter der Ortsverbände können zu den Vorstandssitzungen eingeladen werden. Der Kreisvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, darunter die/der Vorsitzende oder die/der stellvertretende Vorsitzende anwesend sind.
5. Der/Die gewählte Vorsitzende der Vereinigung JUNGES DUISBURG *plus* oder einer seiner/ihrer Vertreter sitzt dem Kreisvorstand beratend bei.

### **§ 6.3 Kassenprüfung**

1. Die mindestens zwei Mitglieder der Kassenprüfung werden vom Kreisparteitag gewählt. Die Mitglieder sind verpflichtet, mindestens einmal jährlich die Einnahmen und Ausgaben des Kreisverbandes zu prüfen.
2. Die Kassenprüfer werden für zwei Jahre gewählt. Als Kassenprüfer dürfen nicht gewählt werden:
  - a. Mitglieder des Kreisvorstandes.
  - b. Angestellte der Kreisgeschäftsstelle.
  - c. Mitglieder, die auf andere Weise Einkünfte vom Kreisverband erhalten.

### **§ 7 Wahlen**

Die Durchführung von Wahlen wird durch die Wahlordnung geregelt.

### **§ 8 Satzungsänderung**

Für Satzungsänderungen ist eine Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder eines Kreisparteitages erforderlich. Sie müssen ordnungsgemäß beantragt sein.

### **§ 9 Auflösung**

Über die Auflösung des Kreisverbandes entscheidet der Kreisparteitag mit einer 2/3 Mehrheit.

### **§ 10 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt mit gleichzeitiger Aufhebung der am 15.05.2009 verabschiedeten Satzung durch Beschluss des Kreisparteitages am 24.10.2011 in Kraft.1